

**GRUPPE IM RAT DER STADT LAATZEN**  
**SPD-GRÜNE-LINKE-FAULL-SCHEIBE**

**Antrag**  
**- öffentlich -**

**Beratungsfolge:**

**Drucksachen-Nr.: 2020/066**

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Feuerschutz	am 27.04.2020	TOP:
Verwaltungsausschuss	am 30.04.2020	TOP:
Rat der Stadt Laatzen	am 30.04.2020	TOP:

**Anpassung der örtlichen Bauvorschriften**  
**- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Faull-Scheibe im Rat**

05.03.2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie, den Gremien folgenden Antrag vorzulegen:

**Antrag:**

Der Rat möge beschließen:

Als Konsequenz aus den bereits vom Rat der Stadt Laatzen beschlossenen Drucksachen

- 2013/106 „Klimaschutz-Aktionsprogramm der Stadt Laatzen“
- 2014/344 „Aufbau des Klimaschutz-Managements“
- 2019/306 „Verbesserung des Klimaschutzes“
- 2019/305 „Masterplan Stadtnatur für eine lebendige Stadt“

sind die örtlichen Bauvorschriften entsprechend zu ändern bzw. anzupassen.

Bei der Gelegenheit sollten Vorschriften, die inzwischen obsolet sind, herausgenommen werden.

Wir bitten Sie, den Entwurf der geänderten örtlichen Bauvorschriften den Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

### Begründung:

Bereits 2013 hat der Rat der Stadt Laatzen ein Klimaschutz-Aktionsprogramm beschlossen.

In der Folge wurde 2014 über die Einführung eines Klimaschutz-Managements im Rat abgestimmt.

Außerdem hat der Rat sich in seinem Beschluss 2019/306 wiederum klar zur Verbesserung des Klimaschutzes bekannt.

Der Masterplan Stadtnatur für eine lebendige Stadt 2019/305 soll für eine Klimafolgenanpassung und mehr Biodiversität in der Stadt sorgen.

Diese Beschlüsse bedürfen der weiteren Verankerung in den örtlichen Bauvorschriften, damit sie umgesetzt werden können.

Hierzu ist z.B. zu nennen, dass Photovoltaik auf den privaten und öffentlichen Dächern sowie Dachbegrünung oder auf Flachdächern in Kombination in Laatzen verbindlich vorzuschreiben ist.

Des Weiteren ist § 9 Absatz 2 der NBauO deutlicher in die Vorschriften aufzunehmen, damit ein weiteres Ausbreiten von Schottergärten in Zukunft eindeutig verhindert werden kann.

Regina Asendorf